

Antrag 08

an die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

zur Tagung der Vollversammlung am 04.11.2025

der Fraktion

FAIR UND TRANSPARENT

zum Thema

Frieden ohne Waffen - beibehalten und schaffen: Keine Aufrüstung in Österreich und der EU

Das AK-Team FAIR UND TRANSPARENT beantragt aufgrund der Diskussion im Ausschuss erneut:

Die Arbeiterkammer Wien setzt sich mit aller Kraft und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass Österreich und die EU sich für Frieden ohne Waffen einsetzen und in Österreich und in der EU nicht weiter auferüstet wird.

Dabei tritt sie zumindest an das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), insbesondere auch an das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, an das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) und an das Bundesministerium für Inneres (BMI) sowie an die Europäische Union (EU) heran. Sie bestärkt das Bundesministerium Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF), wo BM Holzleitner gemäß Presseaussendung vom 30.09.2025 stärkere Friedensforschung in der EU fordert. Die Arbeiterkammer Wien setzt sich darüber hinaus auch mit allen anderen Ministerien und Institutionen in Verbindung, die sich für Frieden, Friedenssicherung und Konfliktlösung einsetzen. Zusätzlich tritt die Arbeiterkammer Wien medial für Frieden ohne Waffen und gegen Aufrüstung in Österreich und der EU ein und bekennt sich damit öffentlich dazu.

Gewaltfrei gesicherter Frieden ist Grundvoraussetzung für alle Interessen, welche die Arbeiterkammer Wien gemäß § 1 AKG vertritt, und für zumindest auch all jene weiteren Thematiken, die bei der Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes am 01.07.2025 angesprochen wurden (siehe Begründung), auch wenn nicht alle diese angesprochenen Thematiken im Protokoll festgehalten worden sind.

Es soll von der momentanen massiven Aufrüstung und augenscheinlichen Kriegsbegeisterung einiger Entscheidungsträger und Regierungsmitgliedern dringend abgerückt werden, zumal dies von der breiten Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Gewaltfreier Friede ist zu forcieren, hier und anderswo. Die große Mehrheit der Bevölkerung will die Neutralität und den sozialen wie politischen Frieden bewahren. Die immerwährende Neutralität Österreichs soll leuchtendes Vorbild sein und bleiben!

Begründung:

FAIR UND TRANSPARENT hatte den Antrag bereits in der Vollversammlung am 27.05.2025 eingebracht. Er wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes zugewiesen. In der Ausschuss-Sitzung am 01.07.2025 wurde zuerst vom Vorsitzenden des Ausschusses § 1 AKG verlesen und festgestellt, dass es schwierig wäre, den Antrag in die von der AK zu vertretenden Interessen einzuordnen.

Wir haben die Diskussionspunkte aus der Ausschuss-Sitzung in diesen Antrag mit aufgenommen und stellen den so erweiterten Antrag hiermit erneut.

Die Annahme des Antrags sehen wir insbesondere deshalb für wesentlich an, weil, wie wir auch in der Ausschuss-Sitzung ausführten, sich die Arbeiterkammern im 2. Weltkrieg auflösen mussten und gewaltfreier Erhalt von Frieden und Neutralität ohne Aufrüstung damit jedenfalls Themen für die Arbeiterkammer sind. Der Vorsitzende der größten und damit entscheidungsbeeinflussenden Fraktion meinte am 01.07.2025 daraufhin auch, es wäre wohl tatsächlich notwendig, dahingehend einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und somit endlich den Standpunkt der Arbeiterkammer Wien zu diesem Thema festzuschreiben.

Österreichs und Europas Geschichte ist leider von Kriegen und Weltkriegen geprägt. Die meisten Menschen heute wollen jedoch Frieden und diesen auch beibehalten, aber nicht mit Aufrüstung und/oder Waffengewalt, sondern mit Diplomatie und Friedensgesprächen auf allen Ebenen.

„Das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) in Wien unterstützt eine engere Zusammenarbeit und effektive Interaktion auf allen Gebieten der Abrüstung, Nichtweiterverbreitung und Rüstungskontrolle. Das Wiener Büro koordiniert die Partnerschaft für Abrüstung und Nichtweiterverbreitung (DNP) und bringt 30 Partnerorganisationen zusammen, um Bildungspakete zu Abrüstungsthemen zu entwickeln.“ [Quelle: <https://unis.unvienna.org/unis/de/about/unvienna.html>].

Die Neutralität Österreichs ist das höchste Gut und darf nicht gefährdet werden! Sie steht für Frieden. Eine Landesverteidigung Österreichs soll der Sicherheit und des Katastrophenschutzes dienen, nicht kriegsähnliche Kampfhandlungen fördern. Nicht umsonst wurde seit etlichen Jahren das Bundesheer abgerüstet.

Folgende Fragestellungen aus der Ausschuss-Sitzung werden in diesem neuerlichen Antrag zusätzlich behandelt:

1. Warum gewaltfreier Erhalt von Frieden und Neutralität ein Thema für die Arbeiterkammer ist und in § 1 AKG fällt
2. Warum österreichische Beteiligung an Aktivitäten von Militärbündnissen die Neutralität und damit den Frieden gefährden kann
3. Warum Aufrüstung und erhöhte Waffenbereitschaft in Österreich den Frieden gefährden
4. Warum Aufrüstung und erhöhte Waffenbereitschaft in der EU den Frieden gefährden
5. Warum Intransparenz in der EU bei der Verwendung der Gelder der Beitragszahler die Neutralität und damit den Frieden gefährden kann
6. Was ist, wenn ein Aggressor kommen und Österreich angreifen würde? Wie kann man Einmarschieren ohne Waffen verhindern?

1. Warum gewaltfreier Erhalt von Frieden und Neutralität ein Thema für die Arbeiterkammer ist und in § 1 AKG fällt:

- Ohne Frieden, in Kriegszeiten,
 - werden Fabriken, Bürogebäude zerstört, Arbeitsplätze vernichtet
 - werden Arbeitnehmerrechte eingeschränkt oder aufgelassen
 - wurde im letzten Weltkrieg die Arbeiterkammer aufgelöst
 - werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verletzt, verstümmelt, getötet

§ 1 Arbeiterkammergesetz (AKG):

„Die Kammern für Arbeiter und Angestellte und die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte sind berufen, sie sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern.“

Aus ChatGPT dazu:

„Die Arbeiterkammern sind zur Mitgestaltung von Gesetzgebungen und Verwaltung berufen.“

„Obwohl das Gesetz nicht ausdrücklich den Begriff „Frieden“ nennt, können sich die Kammern im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben sehr wohl zu Fragen zu Krieg, Frieden und Aufrüstung äußern, wenn sie etwa Auswirkungen auf Arbeitnehmer und das Gemeinwohl sehen.“

„Die Arbeiterkammer hat in der Vergangenheit immer wieder friedenspolitische Stellungnahmen abgegeben – diese sind aber nicht im Gesetz verankert, sondern Ausdruck ihrer politischen Arbeit auf Basis des gesetzlichen Mandats.“

„AK-Wien Vollversammlung Nov. 2020:

Im November 2020 (nach Terroranschlag in Wien) nahm die Vollversammlung der AK Wien unter dem Titel „GEM DR 01 – AK Wien Vollversammlung für Frieden und Demokratie“ eine entsprechende Resolution an – mehrheitlich angenommen. Konkreter Wortlaut liegt offiziell nicht öffentlich vor, aber Thema war gezielt die Förderung demokratischer und friedenspolitischer Ziele.“

Frieden ohne Waffen und Aufrüstung

a) sichert soziale Interessen der Arbeitnehmer:

- vermeidet massive Steuer- und Abgabenerhöhungen, mit denen sonst Aufrüstung finanziert werden würde
- vermeidet damit massive Teuerungen und sichert somit sozialen Frieden
- erhält Gesundheit, Gesundheitsvorsorge, Möglichkeiten von Heilung
- erhält Gemeinschaften, Betriebsratsstrukturen, Gewerkschaften und Arbeiterkammern
- erhält gutes Betriebsklima, freie Kommunikation, verhindert Zensur
- erhält Möglichkeiten für Gründung und Erhalt von Familien

b) sichert wirtschaftliche Interessen der Arbeitnehmer:

- gutes Einkommen (Lohn/Gehalt, KV+Erhöhungen, Zulagen, Prämien, Erfolgsbeteiligungen)
- Fortbildungs- und Aufstiegschancen
- sicheren Arbeitsplatz (Standort-Sicherung, Mitbestimmung bei Umstrukturierungen, Schutz vor willkürlichen Kündigungen, ...)
- Beibehalt von Unternehmensstandorten (keine Panik-Schließungen/Zerstörung)
- Arbeitszeitregelungen, Überstundenregelungen, Gleitzeit, Teilzeit, HomeOffice, ...
- Unfall-, Kranken-, Arbeitslosigkeits-Vorsorge
- angemessene Altersvorsorge (staatlich, betrieblich)

c) sichert berufliche Interessen der Arbeitnehmer:

- die persönliche Entwicklung von Arbeitnehmern (Aus- und Weiterbildung, Karriere- & Aufstiegsmöglichkeiten,
- sinnvolle, zufriedenstellende Arbeiten entsprechend der persönlichen Wertvorstellung (wer arbeitet gerne für Kriegsmaterialien und Waffenproduktion, wenn er sich frei entscheiden kann und nicht unter wirtschaftlichem Zwang/Einkommen steht?),
- Möglichkeiten eigenverantwortlichen Tuns,
- den Erhalt von Wertschätzung und Anerkennung

d) sichert kulturelle Interessen der Arbeitnehmer:

- kulturelle Verantwortlichkeiten von Betrieben und Gesellschaft
- sichert betriebliche Kultur- und Freizeitangebote
- sichert Traditionen
- sichert und ermöglicht Inklusion

Sozialer Friede und politischer Friede gehen Hand in Hand

Sozialer Friede und politischer Friede gehen Hand in Hand, sind untrennbar miteinander verbunden und sind sich gegenseitig jeweils Grundlage. Wird der soziale Friede zerstört, wird auch der politische Friede zerstört, und umgekehrt.

Deshalb sind derzeit wichtige Eckpfeiler für gewaltfreien Friedenserhalt:

- **Stopp der Teuerungen und jener Maßnahmen**, die Teuerungen bisher und aktuell befeuern
- **Einsatz der Budgets** (des Bundes, der Länder, der Gemeinden, ...) **zur tatsächlichen Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Lage** (und hier gibt es enormen Verbesserungsbedarf) anstatt für Rüstung und Aufrüstung
- **Keine Umstellung von Unternehmen und Organisationen von bisher friedlicher, ziviler Produktion auf Rüstungsproduktion** (wie es leider bereits z.B. bei Rheinmetall passiert, diese Firma stellte einst Schreibmaschinen her, heute Militärgeräte; bei MAN stehen Militärgeräte mit Deutschem Hoheitszeichen, die hier nicht hergehören und österreichischen,

friedenstiftenden Regelungen widersprechen (keine Kooperation mit DE, kein Anschluss an DE); bei einer Firma in Vorarlberg, die zuvor im Bereich der Zahntechnik tätig war, werden aktuell Teile für Munition produziert; und viele weitere, friedenstörende Beispiele sind aufzählbar).

- **Ein BIP, das sich aus Rüstungsexporten nährt, darf keine Messgröße mehr sein.**
- eine **Außenpolitik**, die unsere **immerwährende Neutralität schützt** und in keinsten Weise gefährdet (hier ist dringender Handlungsbedarf, weil Neutralitätsverletzungen dazu führen, dass Österreich aus Friedens- und Freundeslisten wichtiger Staaten gestrichen werden könnte, was sehr gefährlich auch für den Friedenserhalt in Österreich wäre)
- die **Wiederbelebung der OSCE als „parteilose“, friedensstiftende Organisation**, die nicht parteiübergreifend agiert oder demonstrativ bei Gesprächen den Saal verlässt
- **keine Waffenkäufe, schon gar nicht aus dem Ausland**, weil sie die Abhängigkeit Österreichs von Drittstaaten verstärken und Österreich so erpressbar würde (insbesondere in der heutigen Zeit, wo Waffen jeweils von einer aktuellen Software und Zugängen z.B. zu Satelliten abhängig sind).
- **Ein Landesverteidigungskonzept, das auf Intelligenz statt Waffeneinsatz aufgebaut wird.** Diese Intelligenz, sich ohne Waffen im Ernstfall verteidigen zu können, sollte auch der zivilen Bevölkerung zuteil werden.
- **Eine EU, die laufend Friedensgespräche mit allen Staaten unterhält**, beste Diplomaten einsetzt, niemals aufgibt, an friedliche Lösungen zu glauben und die jedoch keinen Staat je ausschließt und nicht versucht, Frieden mit Waffengewalt zu sichern.
- **Ein österreichisches Diplomatie-Konzept**, das jederzeit greift, beste Diplomaten ausbildet und niemals aufgibt, an friedlichen Lösungen zu arbeiten
- **Eine transparente, nachvollziehbare und rein friedliche Verwendung der Beiträge der Länder in der EU** und keine Zahlungen von Beitragszahlungen an Drittstaaten, die in Aufrüstung und/oder kriegerische Handlungen verwickelt sind

2. Warum österreichische Beteiligung an Aktivitäten von Militärbündnissen die Neutralität und damit den Frieden gefährden kann

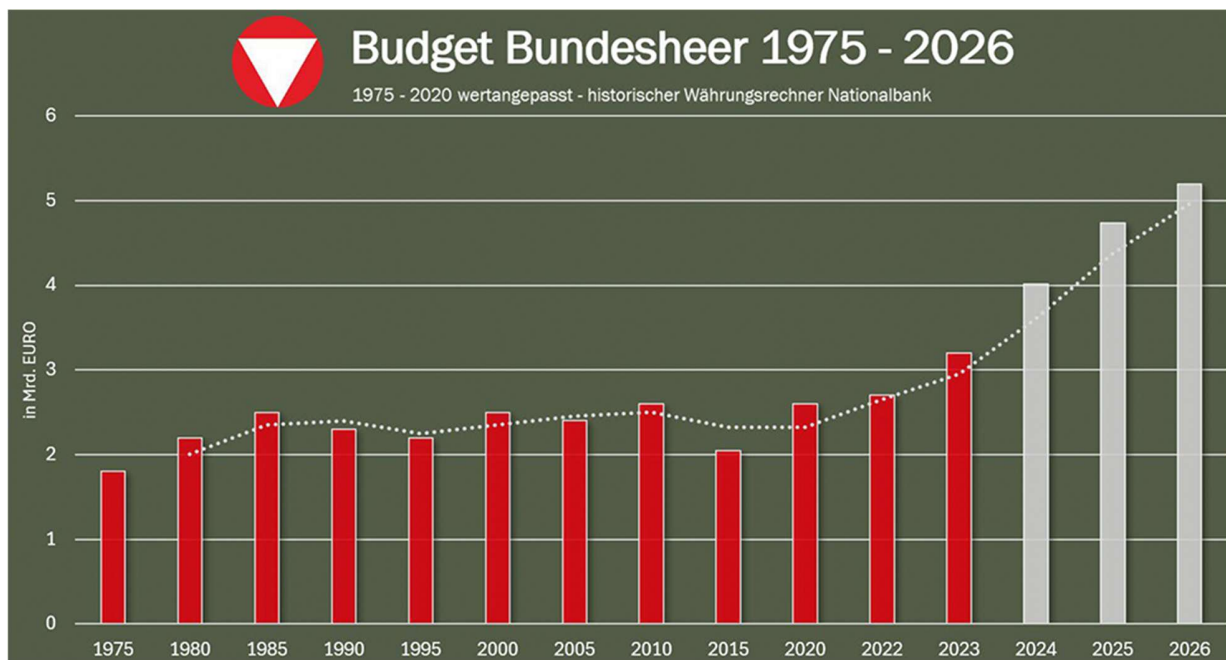
Beteiligt sich Österreich beispielsweise an **Skyshield**, das nur von einem **Militärbündnis** betrieben werden kann, **kann dies die immerwährende Neutralität Österreichs gefährden und damit den Frieden, auch in Österreich.**

Keine Aufrüstung und Wahrung der immerwährenden Neutralität sind Garant dafür, dass auf österreichischem Boden jederzeit Friedensgespräche und Verhandlungen stattfinden können. Dies ist auch für kriegerisch starke Staaten interessant und wichtig und senkt so die Gefahr, dass Österreich angegriffen werden könnte.

3. Warum Aufrüstung und erhöhte Waffenbereitschaft in Österreich den Frieden gefährden

Das Verteidigungsbudget in Österreich soll 2025 um 18%, d.s. 4,7 Mrd. EUR und 2026 um weitere 8,5%, d.s. 5,2 Mrd. EUR nach Willen von Verteidigungsministerin Tanner massiv steigen und das Bundesheer technologisch und strukturell stark aufgebaut werden (Aufbauplan 2032+). Das würde u.a. den Aufbau einer stärkeren Luftfahrt und Luftraumüberwachung, mehr Panzerfahrzeuge und neue Waffensysteme für das bislang seit 80 Jahren neutrale Österreich bedeuten (vgl. <https://www.bundesheer.at/budget-2025>).

Laut ORF sind gar 16 Milliarden EUR für Aufrüstung des Bundesheeres geplant (Quelle: <https://orf.at/stories/3393522/>, auch im Newsticker des Bundesministeriums www.bmlv.gv.at, sichtbar 21.08.2025, verlinkt).



Geplante Erhöhung des Heeresbudgets - Quelle: <https://www.bundesheer.at/budget-2025>

Für eine militärische Landesverteidigung, wie sie die Neutralität Österreichs zwar vorsieht, ist dies nicht notwendig und insbesondere viel zu viel. Der Widerstand in der Bevölkerung gegen Aufrüstung ist hoch.

Ein militärischer Aufbau würde durch sozialen Abbau finanziert werden müssen. Auch dagegen stemmt sich die österreichische Bevölkerung, zumal die Steuer-, Abgaben- und Gebührenbelastungen in Österreich insbesondere für die Arbeitnehmer bereits sehr hoch sind und viele bereits jetzt an oder unter Armutsgrenze leben.

4. Warum Aufrüstung und erhöhte Waffenbereitschaft in der EU den Frieden gefährden

In der EU wurde – am Parlament und an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei – mittlerweile ein Aufrüstungsprogramm „ReARM Europe“ von gar 800 Milliarden EUR (!) beschlossen.

Während Arbeitnehmer in der EU immer mehr unter massiven Teuerungen und Sparprogrammen leiden, sollen sich Kriegs- und Rüstungsindustrie über massive Gewinne freuen können.

Eine Aufrüstung in der EU setzt jedoch Zeichen für Gewalt- und Kriegsbereitschaft, was andere Länder als Aufbau von Angriffsszenarien interpretieren könnten. Damit gefährdet die EU unmittelbar den Frieden, obwohl die EU eigentlich für den Erhalt des Friedens gegründet worden ist.

5. Warum die Intransparenz in der EU bei Verwendung der Gelder der Beitragszahler die österreichische Neutralität und damit den Frieden gefährden kann

Es ist kaum bis nicht nachvollziehbar, wofür die Gelder Österreichs in der EU tatsächlich verwendet werden. **Steckt die EU (österreichische) Gelder in Aufrüstung und kriegerische Handlungen bzw. in Handlungen, die zwar kriegsabwehrend wirken sollen, aber in Wirklichkeit zuerst kriegerische Auseinandersetzungen fördern (z.B. Waffenlieferungen), kann dies die immerwährende Neutralität Österreichs gefährden und damit den Frieden, auch in Österreich.**

Die Neutralität ist deshalb unbedingt zu schützen und alle abträglichen Handlungen zu unterlassen.

6. Was ist, wenn ein Aggressor kommen und Österreich angreifen würde? Wie kann man ein Einmarschieren ohne Waffen verhindern?

- **Die Bewahrung der bisherigen, über 70 Jahre gelebten, immerwährenden Neutralität ist Grundstein zur Sicherung eines Friedens ohne Waffen und ohne Aufrüstung.** Selbst Aggressoren benötigen Partner und Auszeiten, und auch ihre Bevölkerung will Frieden statt Krieg. **Das sollte nie vergessen werden, wie wichtig ein Platz wie Österreich ist, wo Gespräche auf neutralem, friedlichem Boden geführt werden können – von allen Staaten dieser Welt!**
- **Widerstand mit Waffengewalt gegen einen Aggressor bedeutet nur weitere Kampf- und Kriegshandlungen.** Diplomatie, Verhandeln, Friedensangebote, sich als Verhandlungspartner auch gegenüber anderen anzubieten, führen wie bei Streit unter Personen dazu, dass Aggressivität herausgenommen wird, dass Menschen/Regierungen zum Nachdenken kommen, dass Verhandlungen geführt werden – ohne Gewalt.

- **Wer eine Backe hinhält, aber nicht in einen Streit mit einsteigt, bekommt vielleicht eine reingehauen, vielleicht eine zweite, aber es kommt nicht zu Kampfhandlungen, wo das ganze Wirtshaus/das ganze Land kaputt geht und Menschen, auch unschuldige, zu Schaden kommen.**
- **Schon im Sandkasten und im Kindergarten wird gelehrt, Konflikte durch Worte zu lösen, nicht mit Fäusten oder Waffen.** In der Schule werden schon Schüler zu Mediatoren, Streitschlichtern ausgebildet, um Konflikte möglichst zu vermeiden oder zumindest frühzeitig gewaltfrei lösen zu können. Für Firmen werden Konfliktmanagementseminare angeboten, damit Konflikte nicht ausarten, sondern friedlich gelöst werden können. Regierungen werden eigentlich durch Diplomaten unterstützt. Es gibt keine Stufe, wo reden und diplomatische Gespräche nicht mehr möglich sind. Diplomaten, die meinen, es gibt Grenzen in der Diplomatie, sind wohl keine guten Diplomaten.
- **Gerade Wien war immer ein Standort für Friedensgespräche,** und hier ist aus gutem Grund (Neutralität) auch die UNO angesiedelt. Die österreichische Bundesregierung hatte damals zur Stärkung der Neutralitätspolitik sogar aktiv angeboten, dass die UNO in Wien ihren Sitz hat. Chat-GPT: *„Durch eine UNO-Stadt (UNO-City) sollte Wien als „Stadt des Friedens und der Verständigung“ profilieren – und damit Österreichs globale Rolle gestärkt werden. Der Standort sollte die Abwanderung der UN-Organisation nach Genf verhindern.“* Deshalb hat Österreich diesen Standort damals angeboten, und Bruno Kreisky war stolz darauf. Erhalten wir heute lieber diesen UNO-Standort in Wien anstatt Geld in Aufrüstung zu stecken und in kriegsführende oder kriegstreibende Länder zu schicken.
- **Bieten wir lieber etwas an, das mögliche Aggressoren und Feinde umstimmt,** ihnen den Wind aus den Segeln nimmt, schlussendlich vielleicht sogar zu Verbündeten macht (z.B. neutrale Betrachtungen und Aufarbeitungen, friedliche Gespräche, Feste, Kultur, Bänke – weil auch Entscheider, die eingeladen werden, mit anderen auf einer Bank zu sitzen oder mit ihnen gemeinsam zu feiern, gemeinsam Kunst und Kulturen kennen und schätzen zu lernen, eher zu friedlichen Lösungen bereit sein werden als wenn ihnen mit Druck, Waffengewalt und Aufrüstung begegnet wird). ■

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------